

Politikfelder der EU - Energie

Sichere und nachhaltige Versorgung

Energie ist für unser Leben von zentraler Bedeutung. Im Verkehr, beim Heizen und Klimatisieren unserer Wohnungen, beim Betrieb unserer Fabriken, Bauernhöfe und Büros sind wir auf sie angewiesen. Fossile Brennstoffe stehen jedoch nicht unbegrenzt zur Verfügung und sind außerdem eine der wichtigsten Ursachen für die Erderwärmung. Wir können aus fossilen Brennstoffen gewonnene Energie also nicht mehr als selbstverständlich betrachten. Um eine kohlenstoffarme Wirtschaft und Energieeinsparungen zu fördern, müssen wir eine integrierte Energie- und Umweltpolitik mit klaren Zielen und Zeitplänen betreiben.

Der Weg zu einer kohlenstoffemissionsarmen Zukunft

Im Dezember 2008 verabschiedeten die führenden Politiker der EU ein umfassendes Maßnahmenpaket, um den Anteil der EU an der Erderwärmung zu verringern sowie eine zuverlässige und ausreichende Energieversorgung zu sichern. Mit dieser bisher ehrgeizigsten Reform der europäischen Energiepolitik soll Europa weltweit eine führende Rolle auf dem Gebiet erneuerbarer Energien und kohlenstoffarmer Technologien übernehmen.

Die Triebkraft hinter dieser Strategie ist das Vorhaben der EU, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 % gegenüber 1990 zu senken. Dies soll vor allem durch verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und eine Einschränkung des Energieverbrauchs erreicht werden. Außerdem sollen die Maßnahmen die Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgaseinfuhren verringern und dazu beitragen, die Wirtschaft vor schwankenden Energiepreisen und Versorgungsengpässen zu schützen.

Energie auch im Notfall

Über die Hälfte der in der EU verbrauchten Energie kommt aus Drittländern – Tendenz steigend. Ein Großteil dieser Energie stammt aus Russland, dessen Streitigkeiten mit den Transitländern in den letzten Jahren immer wieder Störungen der Gasversorgung verursacht hatten.

Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass die EU die Öl- und Gasversorgung genauer im Auge behält und sich auf einen Energienotfall besser vorbereitet. Schon vor Jahrzehnten haben die EU-Länder Erdölnotvorräte angelegt. Nun bemüht sich die EU darum, den Zugriff auf diese Vorräte zu vereinfachen und zu klären, wann und wie dieser Zugriff erfolgen kann.

Neue Wege für die Energie

Ganz oben auf der Tagesordnung steht auch die Einrichtung eines südlichen Gaskorridors, eines Leitungsnetzes für die Versorgung mit Gas aus dem Kaspischen Meer über die Türkei. Mit den Arbeiten könnte schon 2010 begonnen werden.

Ferner ist die EU entschlossen, ihre eigenen Energienetze – die Strom-, Öl- und Gasleitungen, die Häuser und Unternehmen mit Energie versorgen – zu verbessern und so umzurüsten, dass sie auch für erneuerbare Energien wie die Windenergie genutzt werden können.

Des Weiteren fordert die Strategie fortgesetzte Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz, was beispielsweise durch die Renovierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden erreicht werden soll. Vorgeschlagen wird auch, ab 2012 Energiekennzeichen für Reifen einzuführen.

Mehr Wahlmöglichkeiten für die Verbraucher

In Arbeit sind außerdem Rechtsvorschriften mit dem Ziel, die Lieferung von Strom und Gas von der Erzeugung zu trennen („Entbündelung“). Seit Juli 2007 können alle EU-Haushalte ihren Gas- und Stromversorger frei wählen. In der Praxis ist dies aber häufig dadurch stark erschwert, dass ein Unternehmen in einer bestimmten Region oder einem Land ein Quasi-Monopol innehat. Die Entbündelung würde nicht nur den Wettbewerb anregen, sondern auch erneuerbare Energien wie Wind- und Sonnenenergie fördern.